

BMBWF

BUNDESMINISTERIUM
FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

www.bmbwf.gv.at

Geschäftszahl BMBWF-16.812/0012-Präs.15/2018

zur Veröffentlichung bestimmt

13/4.2

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 15. Februar 2018

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 15. Februar fand in Brüssel die 3595. Tagung des Rates für Bildung statt. Von österreichischer Seite nahm Herr Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann teil. Den Vorsitz führte der bulgarische Minister für Bildung und Wissenschaft, Krasimir Valchev. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Tibor Navracsics und Kommissarin Marianne Thyssen vertreten.

Die Tagesordnung sah zwei Orientierungsaussprachen vor:

1. *Die Halbzeitbewertung des Programms Erasmus+ und künftige Leitlinien für die Zeit nach 2020.* Der enorme Erfolg und die Reputation des Programms wurden gewürdigt, sein Ausbau befürwortet und eine Erhöhung der Teilnehmerzahlen gewünscht. Dabei soll zukünftig ein stärkerer Fokus auf Mobilitäten im Schul- und Berufsbildungsbereich gelegt werden. Zudem soll die Zugänglichkeit zum Programm u.a. durch vereinfachte Antragsstellungsverfahren für kleinere Institutionen und Projekte sowie eine verstärkte Berücksichtigung des Inklusionsthemas, forciert werden.

Kurzzeitmobilitäten werden diesbezüglich als ein Erfolgsmodell wahrgenommen, das es zu stärken gilt. Die Stärkung der Innovation wurde ebenfalls als Ziel für die nächste Programmphase genannt. Damit einhergehend wurde von den meisten

Mitgliedstaaten eine Budgeterhöhung für das zukünftige Programm sowie die Nutzung von Synergien mit anderen Programmen und Finanzierungsquellen gefordert.

Herr Bundesminister Faßmann hob einleitend die Vorteile von Auslandsaufenthalten für Graduierte hervor und betonte, dass die Förderung der Mobilität in der Berufsbildung, insbesondere in der dualen Ausbildung, für Österreich einen wichtigen Stellenwert hat. Darüber hinaus sollen auch Mobilitäten für Lehrende, sowie kürzere Auslandsaufenthalte gestärkt werden. Zum Budget merkte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung kritisch an, dass eine Ausweitung der Finanzierung auch leistbar sein muss. Zudem wies er auf die Bedeutung der Anrechenbarkeit von im Ausland erbrachten Leistungen hin.

2. Unter dem Punkt *weiteres Vorgehen im Hinblick auf die bildungspolitischen Aspekte der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2017* wurde folgendes diskutiert: die Idee zum Aufbau eines europäischen Bildungsraumes sowie die geplanten Empfehlungen zur a) gegenseitigen Anerkennung der Diplome im Schul- und Hochschulbereich, zum b) Sprachenlernen und c) zu einem Qualitätsrahmen für frühkindliche Bildung. Eine automatische Anerkennung von Schul- und Hochschuldiplomen wurde im Lichte nationaler Zuständigkeit mehrheitlich skeptisch gesehen. Zur geplanten europäischen Initiative von Universitäten-Netzwerken wurde die Bedeutung eines integrativen Ansatzes, zur Einbeziehung aller Mitgliedsstaaten hervorgehoben. Der Vorschlag Deutschlands für eine ad hoc Expertengruppe zur geplanten Initiative fand breite Unterstützung.

Herr Bundesminister Faßmann betonte erneut die Priorität der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, aber äußerte sich kritisch zum Vorschlag einer automatisierten Anrechnung – dies sei ein Prozess, den man erst entwickeln müsse. Bezüglich der Errichtung europäischer Universitätsnetzwerke sprach sich der Bundesminister für klare und präzise Kriterien für die Implementierung aus. Zudem verwies er auf die Bedeutung von Exzellenzkriterien bei der Auswahl der Projekte und stellte fest, dass Forschungsexzellenz im Widerspruch zur geplanten geographischen Balance steht.

Abschließend berichtete die Europäische Kommission über den *ersten Bildungsgipfel am 25. Jänner 2018*. Diese Veranstaltung sei ein wichtiger Schritt als Antwort auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2017 gewesen.

Bezüglich der Tagung des Rates Bildung stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die Information über die 3595. Tagung des Rates für Bil-
dung am 15. Februar 2018 in Brüssel zur Kenntnis nehmen.

Wien, 29. März 2018

Der Bundesminister:
Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann